

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 2. April 2009

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zur heutigen Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um weitere 25 Basispunkte zu senken. Damit wurde der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems seit dem 8. Oktober 2008 um insgesamt 300 Basispunkte herabgesetzt.

Dieser Beschluss trägt der Erwartung Rechnung, dass der Preisdruck aufgrund des vergangenen kräftigen Rückgangs der Rohstoffpreise und der spürbaren Konjunkturabschwächung im Euro-Währungsgebiet sowie weltweit verhalten bleibt. Die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse bestätigen, dass sich die Weltwirtschaft und der Euroraum in einem schwerwiegenden Abschwung befinden. Die Nachfrage weltweit wie auch im Eurogebiet dürfte im laufenden Jahr sehr schwach bleiben und sich im Jahresverlauf 2010 allmählich erholen. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten, im Einklang steht. Eine Gegenprüfung mit den Ergebnissen der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck nachgelassen hat. Nach dem heutigen Beschluss gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere

Sicht gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen wird. Der EZB-Rat wird weiterhin sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Dies ist zur Stützung eines nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung unerlässlich und trägt zur Finanzstabilität bei. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Infolge der Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen schwächte sich die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet deutlich ab, da eine rückläufige Inlandsnachfrage mit dem weltwirtschaftlichen Abschwung einherging. Vorliegende Daten und Umfrageindikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur im Euroraum Anfang 2009 nach wie vor sehr schwach war. Auch im übrigen Jahresverlauf dürfte sie sehr gedämpft bleiben. Für das kommende Jahr wird jedoch erwartet, dass sie sich allmählich erholt. Die seit Sommer 2008 stark gefallen Rohstoffpreise stützen das real verfügbare Einkommen und damit den Konsum. Darüber hinaus dürften der Auslands- und der Binnennachfrage zunehmend die aktuellen umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems innerhalb wie auch außerhalb des Eurogebiets zugute kommen.

Unter Berücksichtigung dieser Effekte sind wir der Ansicht, dass die Risiken für diesen Wirtschaftsausblick weitgehend ausgewogen sind. Einerseits könnten die Auswirkungen, die sich aus dem Rückgang der Rohstoffpreise und den von der Politik eingeleiteten Maßnahmen ergeben, positiver als erwartet sein. Andererseits gibt es Befürchtungen hinsichtlich eines stärkeren Übergreifens der Finanzkrise auf die Realwirtschaft und einer Verstärkung von Protektionismusbestrebungen sowie möglicher ungünstiger Entwicklungen der Weltwirtschaft aufgrund einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI ist der Vorausschätzung von Eurostat zufolge weiter gefallen, und zwar von 1,2 % im Februar auf 0,6 % im März. Wie

bereits bei vorherigen Anlässen erläutert, ist der Rückgang der Inflationsrate seit Sommer letzten Jahres hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe in diesem Zeitraum erheblich gesunken sind. Außerdem gibt es zunehmend Anzeichen einer breiter angelegten Abnahme des Inflationsdrucks. Was die weitere Entwicklung betrifft, wird die kürzerfristige Dynamik des HVPI maßgeblich von Basiseffekten aus der früheren Entwicklung der Energiepreise beeinflusst werden. Dementsprechend gehen wir davon aus, dass die jährlichen Gesamtinflationsraten in den kommenden Monaten weiter zurückgehen und etwa zur Jahresmitte vorübergehend negative Werte erreichen werden. Anschließend dürften die jährlichen Teuerungsraten wieder ansteigen. Aus geldpolitischer Sicht sind solche kurzfristigen Bewegungen jedoch irrelevant. Für die geldpolitisch relevante mittlere Frist wird erwartet, dass die jährliche HVPI-Inflation im Jahr 2010 vor allem aufgrund einer weiterhin verhaltenen Nachfrage im Eurogebiet wie auch in der übrigen Welt unter 2 % bleibt. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf diese Aussichten sind weitgehend ausgewogen und beziehen sich insbesondere auf die Konjunkturaussichten und die Entwicklung der Rohstoffpreise.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die neuesten Daten die von Monat zu Monat stark schwankende Entwicklung von M3 und seiner Komponenten, die seit der Verschärfung der Finanzmarkturbulenzen im September 2008 zu beobachten ist. Lässt man diese Volatilität jedoch außer Acht, so hat sich die Dynamik des Geldmengenwachstums im Euroraum weiter stark verlangsamt und stützt die Einschätzung, dass die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht abnehmen.

Die Entwicklung innerhalb von M3 spiegelt deutlich die spezifischen Anlagereaktionen der Marktteilnehmer auf die Intensivierung der Finanzmarkturbulenzen, aber verstärkt auch die Auswirkungen der

vergangenen Senkung der EZB-Leitzinsen wider. Da diese Zinssenkung die Abstände zwischen den Zinssätzen für die unterschiedlichen Kategorien kurzfristiger Einlagen verringerte, führte sie zu Umschichtungen bei der Mittelallokation. So zog die Nachfrage nach täglich fälligen Einlagen im Februar weiter an und trug zum Anstieg der jährlichen Wachstumsrate von M1 auf 6,3 % bei, während sich die Nachfrage nach kurzfristigen Termineinlagen merklich abschwächte.

Die Vergabe von MFI-Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte entwickelt sich nach wie vor sehr verhalten. Die im Februar verzeichnete leicht negative Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften spiegelt einen Rückgang bei den ausstehenden Beträgen der Darlehen mit kürzerer Laufzeit wider, während der Nettozufluss an Krediten mit längeren Laufzeiten positiv blieb. Die rückläufige Vergabe kurzfristiger Darlehen könnte darauf hindeuten, dass sich in Verbindung mit der Konjunkturschwäche die Kreditnachfrage reduziert. Wahrscheinlich haben aber auch Angebotseffekte die Kreditentwicklung beeinflusst. In diesem Zusammenhang könnte die Entwicklung der letzten Monate teilweise auf die anhaltenden Bemühungen der Banken wie auch der Unternehmen und privaten Haushalte zurückzuführen sein, die in den vergangenen Jahren kumulierten hohen Anteile an Fremdkapital abzubauen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der heutige Beschluss der Erwartung eines weiterhin verhaltenen Preisdrucks Rechnung trägt, in dem sich der in der vergangenen Zeit beobachtete kräftige Rückgang der Rohstoffpreise und die spürbare Konjunkturabschwächung im Euro-Währungsgebiet wie auch weltweit widerspiegeln. Die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse bestätigen, dass sich die Wirtschaft weltweit und im Euroraum in einem schwerwiegenden Abschwung befindet. Die Nachfrage sowohl auf globaler Ebene als auch im Eurogebiet dürfte im laufenden Jahr sehr schwach bleiben und sich im Jahresverlauf 2010 allmählich erholen. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung

mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die **Gegenprüfung** anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck nachgelassen hat. Nach dem heutigen Beschluss gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen wird. Der EZB-Rat wird weiterhin sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Dies ist zur Stützung eines nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung unerlässlich und trägt zur Finanzstabilität bei. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so ist ein glaubwürdiges Bekenntnis der Länder zu einem Konsolidierungspfad mit dem Ziel, unter vollständiger Einhaltung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren, unerlässlich, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu wahren. Dies ist sowohl für die konjunkturelle Erholung als auch für die Stärkung des langfristigen Wachstums von Bedeutung. Länder, gegen die ein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit läuft, haben die Empfehlungen des ECOFIN-Rats zur Korrektur ihres Defizits strikt einzuhalten. Viele Länder werden weitere glaubwürdige Konsolidierungsmaßnahmen für 2010 und darüber hinaus festlegen müssen. Eine vollständige und konsequente Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für eine solide Finanzpolitik ist Voraussetzung für die Beibehaltung ihrer Glaubwürdigkeit als eine der Säulen des institutionellen Rahmens der Wirtschafts- und Währungsunion.

Im Hinblick auf die **Strukturreformen** begrüßt der EZB-Rat die Zusage des Europäischen Rats auf seiner Frühjahrstagung, die erneuerte Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung in der gegenwärtigen Situation in vollem Umfang zu nutzen. Die aktualisierten Empfehlungen für die Euro-Länder fordern eine beschleunigte Umsetzung von Reformen, um die Wirtschaft zu stützen, die notwendigen Anpassungen zu erleichtern und ein hohes Wachstumspotential sicherzustellen. Es ist nach wie vor unabdingbar, dass staatliche Stützungsmaßnahmen nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen oder notwendige

strukturelle Anpassungsprozesse verzögern und dass die Regierungen unbeirrt daran festhalten, von Protektionismus Abstand zu nehmen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.